



Dr. Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Bitcoin: Ein Zahlungsmittel mit Risiken und Nebenwirkungen

Es wäre so schön gewesen. In einer Zeit, in der Zentralbanken durch das hemmungslose Drucken von Geld ihrer jeweiligen Währungen das Vertrauen der privaten Anleger verspielten, trat Bitcoin mit dem Versprechen an, ein wertvolles Zahlungsmittel für den globalen Zahlungsverkehr zu sein. Anstelle von US-Dollar, Euro, Yen oder Yuan sollten Bitcoins ein von der Willkür der Zentralbanken unabhängiges virtuelles Zahlungsmittel sein, eine echte Alternative.

Ein Wertverlust schien theoretisch nahezu vollkommen ausgeschlossen zu sein, da aufgrund der technischen Voraussetzungen die Menge der Bitcoins auf rund 21 Millionen limitiert ist. Da zunächst der Kurs der Bitcoins rasant nach oben schoss, schienen Theorie und Empirie miteinander im Einklang zu stehen. Allerdings traten bereits frühzeitig einige Probleme mit der Sicherheit der Bitcoin-Konten auf, als das elektronische Geld urplötzlich durch Hackerangriffe von den Konten zahlreicher Kunden verschwand. Auch konnten Festplattencrashes von Bitcoin-Kunden deren elektronisches Geld auf Nimmerwiedersehen im digitalen Nirwana verschwinden lassen. Es waren also durchaus Risiken mit Bitcoins verbunden, die mit den vollmundigen Versprechen der Bitcoin-Betreiber nicht vereinbar waren.

Nachdem die Fed unter Ben Bernanke Bitcoins zunächst als zukunftsträchtiges Zahlungsmittel eingestuft hatte, muss sie unter Janet Yellen jetzt einräumen, dass sie über die Cyberwährung keine wirksame Kontrolle ausüben kann. Es verwundert jedenfalls sehr, dass die Wirtschaftspresse weltweit dem Phänomen Bitcoin wochenlang eine extrem positive hohe Aufmerksamkeit schenkte. Damit trug sie indirekt maßgeblich zum Hype um Bitcoins bei. Im Unterschied hierzu hat die Deutsche Bundesbank frühzeitig vor Bitcoin als Anlegerprodukt gewarnt.

Trotz dieser offensichtlichen Probleme setzen zahlreiche Anleger weltweit weiterhin auf Bitcoin. Zum einen konnte es dazu dienen, der Finanzmarktaufsicht zu entgehen und ländergrenzübergreifend Geldwäsche zu betreiben. Das

schien für zahlreiche dubiose Finanzgeschäfte außerordentlich verführerisch zu sein.

Insbesondere auch in der Volksrepublik China fand Bitcoin aufgrund dieser Möglichkeiten plötzlich rasanten Zulauf. Allerdings traf dann dieses Geschäftsmodell auf wenig Sympathie bei der chinesischen Regierung beziehungsweise der chinesischen Zentralbank, die gerade das Schattenbankensystem austrocknen möchte.

Trotz extrem hoher Volatilität – der Bitcoin-Kurs zum US-Dollar veranstaltete innerhalb weniger Monate oftmals nur Tage oder auch nur Stunden wahre Berg- und Talfahrten von Höchstständen bis über 1 200 US-Dollar zu Kursstürzen bis unter 200 US-Dollar – gab es weiterhin willige Anleger. Wer also sein Geld in hochspekulative Anlagen – wie diese Zockerwährung – investieren wollte, der hoffte auf extrem hohe Gewinne, wenn er rechtzeitig zu Niedrigkursen einstieg und noch rechtzeitig vor dem nächsten Bitcoin-Crash den Absprung schaffte. Es war bereits ein Bitcoin-Derivatemarkt für Super-Zocker im Entstehen.

Nun scheint doch langsam das Spiel vorbei zu sein. Mt Gox, eine der großen Bitcoin-Handelsplattformen weltweit, und nun auch Flexcoin mussten aufgrund eines dramatischen Verlusts ihrer digitalen Einlagen einen Insolvenzantrag stellen. Es werden bereits Verluste von hunderten von Millionen US-Dollar befürchtet. Das Spiel ist aus. Wer so dumm war, dort größere Geldsummen zu investieren, wird jetzt nach der Pleite von Mt Gox um eine schmerzvolle Erfahrung reicher sein.

Es wäre daher an der Zeit, seitens der Finanzaufsicht und auf europäischer Ebene den Bitcoin-Handel innerhalb der EU insgesamt zu verbieten. Die Finanzmarktregulierung sollte derartige Auswüchse in Zukunft rechtzeitig verhindern, um die Stabilität der Finanzmärkte besser als bisher zu gewährleisten. Lange genug hat man der absehbaren Entwicklung nur tatenlos zugesehen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.